

Bunker-Chaos-Tage

1.300 Kilometer von Berlin entfernt herrscht Krieg.

Das schürt in Deutschland Ängste und die Frage nach Schutzräumen für die Bevölkerung wird immer häufiger gestellt.

Kurz nach Kriegsausbruch teilte das für den Bevölkerungsschutz

zuständige Bundesamt BBK auf seiner Internetseite mit: „In Deutschland gibt es keine Schutzräume mehr.“

Doch am 29. März 2022 korrigierte das Bundesinnenministerium und zauberte nach einer Bundestagsanfrage 599 öffentliche Schutzräume für 487.598 Menschen aus dem Hut (Drucksache 20/1246). Sollte sich also das Ukraine-Kriegsgeschehen Richtung Westen verschieben, könnte rechnerisch jeder 170. Bewohner in Deutschland einen Bunkerplatz aufsuchen.

Wo die sind, in welchem Zustand und ob sie überhaupt Schutz bieten, wurde nicht mitgeteilt. Und auch die zumeist privaten Eigentümer dieser öffentlichen Schutzbauten stehen vor einem großen Problem. Im Ernstfall müssen sie mit einem Massen-Ansturm auf ihre wenigen Plätze rechnen – und geraten so als Schlüsselinhaber sehr wahrscheinlich selbst in Lebensgefahr.

Zum Gesamtbild dieser Bunker-Chaos-Tage passt auch, dass selbst das rheinland-pfälzische Innenministerium nicht über die fünf noch im Land existierenden Schutzbauten, drei in Privatbesitz und zwei in kommunaler Trägerschaft, informiert ist. Der Verweis auf die zuständige Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) bringt auch nicht mehr Licht ins Bunker-Dunkel. Grundsätzlich für die Verwaltung dieser Liegenschaften aus der Zeit des kalten Krieges verantwortlich, gibt es aktuell nur eine Aussage auf juristischer Grundlage. Für 599 Bunkerbauten von ehemals 2.357 wurde noch keine „Entlassung aus der Zivilschutzbindung“ ausgesprochen. Faktisch könnte das eine Reaktivierungs-Reserve sein. Doch der Zustand dieser Anlagen und ein Sanierungsbedarf müssen noch ermittelt werden, so die BIMA. Eine Vorortrecherche dürfte mindestens zwei Jahre dauern, der ein Abschlussbericht folgen könnte.

Dessen Ergebnis lässt sich schon jetzt vorwegnehmen: mangelhaft bis Totalausfall. Denn technisch und organisatorisch verwahrlosten die Bunker nach Ende des kalten Krieges und mutierten zu gespenstisch-gestrigen Unterwelten. Lief es gut, so in Bonn, schaute alle paar Monate ein einsamer Katastrophenschutzverantwortlicher vorbei und marschierte durch die Einrichtung der 1970er Jahre. Eine Wanderung durch verstaubtes Inventar und die Ängste des Atomzeitalters, weit weg von aktuellen Schutzszenarien.

So ging das bis 2007. Dann entschieden die Innenminister auf Bund-Länder-Ebene: Schluss, aus, vorbei. Die Bedrohungslage habe sich verändert und vor Terroranschlägen, Cyberattacken, Extremwettern oder Pandemien schütze nun mal ein Bunker nicht.

Dass der Bund anschließend im Akkord die ausrangierten Atomschutzbunker verkaufte und entwidmete, blieb weitestgehend unbemerkt. So ergab 2019 eine Anfrage im Deutschen Bundestag (Drucksache 19/7181) einen Restbestand von 931 Bunkern mit Zivilschutzbindung, davon 120 im Bundesbesitz. Rein rechnerisch ging jede Woche ein Schutzbau über die Ladentheke der Bundesimmobilienmakler. Inzwischen sind die Bücher zugeschlagen, alle Bundes-Bunker sind weg.

Seit 2007 spielen Schutzräume im Zivilschutzkonzept des Bundes keine Rolle mehr. Danach wurde entwidmet und verkauft. Von ehemals 2.357 Bunkern blieben 599 übrig. Unbekannt ist deren Zustand (im Bild der LZB-Bunker in Satzvey 2009).

Ein Argument für die intensiven Verkaufsbemühungen waren die angeblich hohen Unterhaltskosten. Dazu informierte das Bundesinnenministerium 2019: 187.000 Euro Bewirtschaftung und 479.000 Euro für Instandhaltung und Bauunterhalt. Macht bei 931 Objekten 715,35 Euro je Bunker pro Jahr. Überraschend wenig bei einer Kapazität von rund einer Million Plätzen.

Richtig verrückt wird es aber beim Blick auf die Einnahmen aus Bunkerbesitz. Pacht und Mieten spülten dem Bund jährlich 2,8 Mio. Euro in die Kasse. Die Vorhaltung von zivilen oder militärischen Schutzbauwerken war also kein Zuschussgeschäft, sondern erwirtschaftete Jahr für Jahr Gewinne. Was niemanden veranlasste, den weiteren Verkauf zu stoppen. So gingen millionenschwere und bis zuletzt modernisierte Objekte wie der ehemalige NATO-Kommandobunker „Erwin“ in Börfink (Hunsrück) für einen Euro weg.

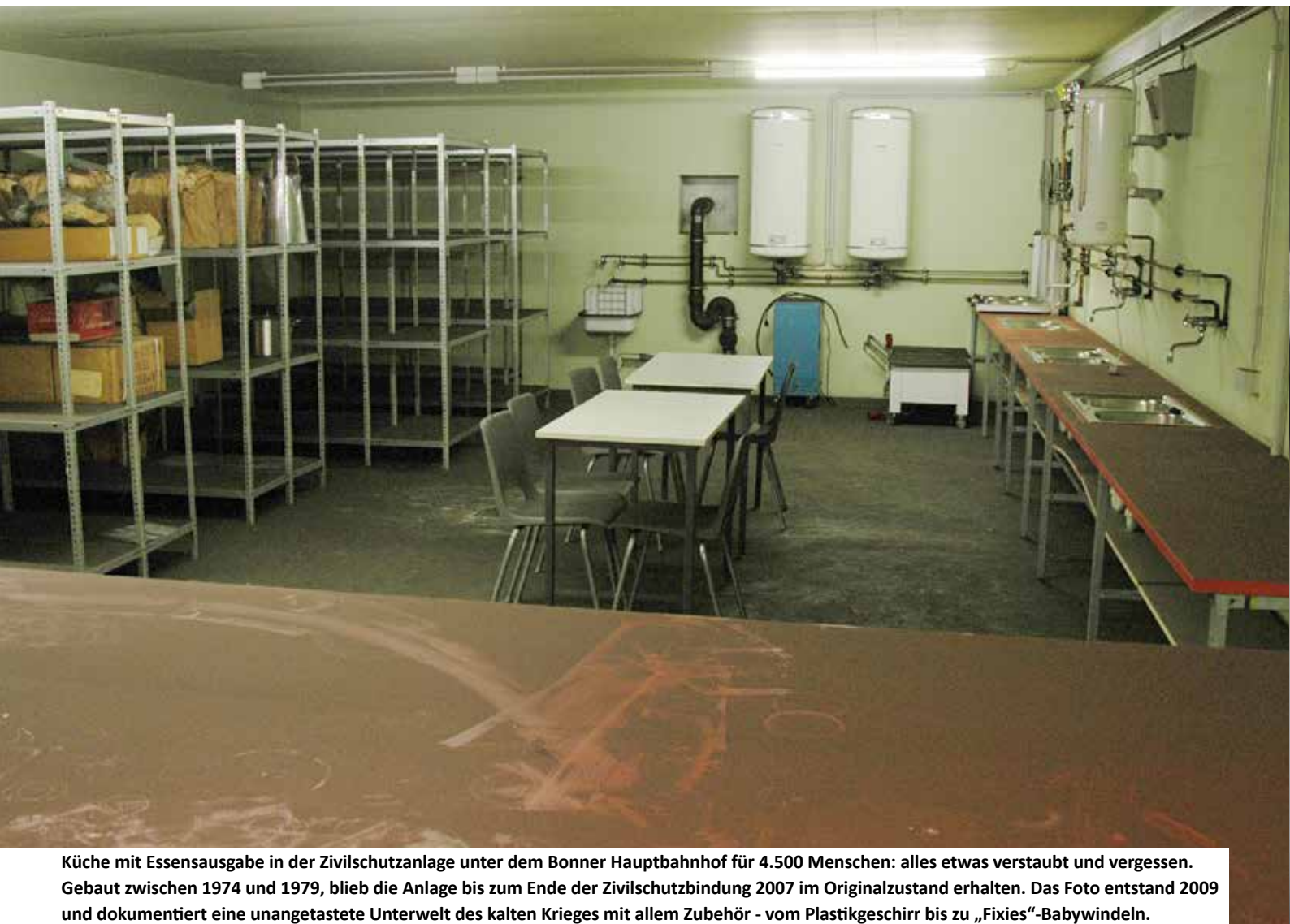
Nur selten wurde die Verkaufspraxis publik, so im Fall des Bundeswehrebunkers „Trabant“ in Traben-Trarbach. Durch die BIMA-Zweigstelle Trier 2013 als erfolgreiche, private Anschlussnutzung gefeiert, machte der „Cyberbunker“ wenig später Schlagzeilen als Internetumschlagplatz von Drogen, Waffen oder Kinderpornografie. Die bis heute größte Polizei-Erstürmung eines Atomschutzbunkers machte dem Treiben 2019 ein Ende.

Angesichts der aktuellen Sicherheitslage holen Fehlentwicklungen des nationalen Schutzraumkonzepts die politisch Verantwortlichen nun ein. Eine desaströse Krisenkommunikation sorgt für zusätzliche

Verunsicherung. Denn informierte das BBK zu Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine ganz offen über fehlende Schutzplätze, löste die jüngste Meldung aus dem Bundesinnenministerium zu 599 Schutzbauten in der Bevölkerung Erwartungshaltungen aus. Es ist das gleiche Ministerium, das als Dienstherr des BBK noch Tage zuvor über null Schutzräume informierte.

Genau Adressen oder Belegungspläne zu den 599 Auffangstationen für 83 Millionen Bundesbürger gibt es derweil nicht. Auf der Suche danach nutzen besorgte Bürger das Internet – und googeln. Auf den ersten Plätzen der Trefferlisten werden Museen und Dokumentationsstätten in ehemaligen Atomschutzbunkern geführt. Dort wird eigentlich die Geschichte des kalten Krieges am Originalschauplatz vermittelt. Doch nun muss auch getröstet und abgewiesen werden: kein Mietbett oder Bunkerplatz.

Andere Sorgen müssen sich die 284 Privateigentümer öffentlicher Schutzräume machen. So eine Familie aus der Nähe des Flugplatzes Spangdahlem. 1988 baute sie ihr Eigenheim und stellte auf Anraten des Architekten einen Zuschussantrag für den Schutzraum im Keller – mit 60 Plätzen und damit öffentlich. Über die Jahre wurde eine kleine Werkstatt zwischen Sandfilter und Drucktür eingebaut, der Schutzraum Verwahrort für aussortierten Hausrat. Dass dieses Keller-Idyll nun auf der Liste der 599 noch reaktivierbaren Zivilschutzanlagen auftaucht, dürfte wohl die schrägste Episode in der laufenden Bunker-Story sein. Die liebenswerte Familie ist damit Betreiber einer von fünf Anlagen in Rheinland-Pfalz und hält so 60 der 1.066 verfügbaren Bunkerplätze vor. Rechnerisch sind das



Küche mit Essensausgabe in der Zivilschutzanlage unter dem Bonner Hauptbahnhof für 4.500 Menschen: alles etwas verstaubt und vergessen. Gebaut zwischen 1974 und 1979, blieb die Anlage bis zum Ende der Zivilschutzbindung 2007 im Originalzustand erhalten. Das Foto entstand 2009 und dokumentiert eine unangetastete Unterwelt des kalten Krieges mit allem Zubehör - vom Plastikgeschirr bis zu „Fixies“-Babywindeln.

sechs Prozent aller Schutzplätze im Land! Was passiert, sollte die Adresse bekannt werden – was nun mal Voraussetzung für den Bezug eines öffentlichen Schutzraumes ist – möchte man sich gar nicht ausmalen.

Denn wer sich im Ernstfall um die Eingangskontrolle kümmert und entscheiden muss, wer reinkommt und wer nicht, wie die Versorgung der Insassen zu organisieren ist und ob es in all dem amtliche Unterstützung gibt – diese wichtigen Fragen beantwortet das jüngst bei der Familie eingegangene BIMA-Schreiben nicht. Mitgeteilt wird nur die Aussetzung des Verfahrens zur Entwidmung. Der Bunker bleibt also Bunker – ohne Plan, wie im Krisenfall damit umzugehen ist.

Das aktuelle Bunker-Fazit fällt ernüchternd aus. Das Dilemma lässt sich auch nicht auf die Schnelle lösen. Wer Schutzräume als Teil des Zivilschutzkonzeptes definiert, wird an Neubauten nicht vorbei kommen. Was bei 83 Millionen Bundesbürgern Zeit und Geld voraussetzt. Der Bund selbst veranschlagt pro Bunkerplatz 10.000 Euro, in der Summe also rund 800.000 Mrd. Euro. Wenn man jetzt sofort loslegt und im Eiltempo Bunker baut, könnte man in 25 bis 30 Jahren allen Einwohnern eine Unterbringung anbieten.

Hypothetisch, denn problematisch gestalten sich bereits die ersten Schritte dieses langen Weges: in Deutschland gibt es kaum noch Fachbetriebe, die auf öffentliche Schutzbauten und deren diverse Komponenten spezialisiert sind. Nach 1990 und dem Herunterfahren der Zivilverteidigung gab es keine Aufträge mehr. Also wurden die Geschäftsmodelle verändert, die Firmen dicht gemacht oder verkauft.

Und die wenigen Unternehmen mit dem Produktportfolio „privater Schutzraum für den heimischen Garten“ sind bereits ausgebucht.

Vor diesem Hintergrund wirken die „Sofortprogramme“ von Politikern abenteuerlich bis hilflos.

So lehnt Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen Neubauten ab und will stattdessen „Kellerräumlichkeiten, vielleicht auch historische Keller, die tief liegen, Tiefgaragen, Tunnel, etc.“ als Schutzräume einrichten. „Der Bund muss nur sagen, welche Standards brauchen wir und dann müssen wir festlegen, was ausgebaut werden kann.“ Außerdem habe, so Stübgen, die Bundesregierung angekündigt, das Schutzraumkonzept neu aufzulegen. So lange müsse man improvisieren.

Dass auch dieses Vorgehen Zeit und Geld kostet? Dass „Standards“ – also klare Aussagen zur Schutzwirkung – fehlen? Dass man im Land nun schauen muss, welche Objekte für diesen kühnen Plan überhaupt in Frage kommen, wie die Eigentumsverhältnisse und der Zustand dieser „Keller und Tunnel“ sind? Antworten darauf gibt es nicht.

Fakt ist: drei Monate nach Kriegsausbruch ist der deutsche Zivilschutz auf dem gleichen Stand wie vor dem Überfall Rußlands auf die Ukraine. Man wartet also hierzulande ab und setzt auf das Prinzip Hoffnung. Geht das gut, wird die politische Schlussfolgerung sein, alles richtig gemacht zu haben.

(16. Mai 2022)



Letzmalige Prüfung der Luftfilter 1988. Diese Mehrzweckanlage in Alzey (Tiefgarage) steht stellvertretend für den Umgang mit Schutzbauten nach Ende des kalten Krieges. Ernsthafte Bemühungen um den technischen Erhalt und die Einsatzfähigkeit blieben aus. Nach über 30 Jahren Stillstand nun über Reaktivierungen nachzudenken, ist fern aller Bunker-Realitäten.